

Patricia Schiess: «Liechtenstein bewegt sich in die richtige Richtung»

Interview Patricia Schiess, Forschungsleiterin Recht am Liechtenstein-Institut, über die Fortschritte in der liechtensteinischen Parteiförderung und warum es eine solche braucht.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Warum ist eine Parteiförderung überhaupt notwendig?

Patricia Schiess: In einer Demokratie sind Parteien unverzichtbar. Sie bringen Ideen in die Meinungsbildung ein und beschäftigen sich - anders als Verbände - mit allen Fragen, die zum Entscheid anstehen. Überdies rekrutieren sie das Personal für die politischen Ämter. Sind die Parteien bei der Finanzierung auf sich allein gestellt, sind diejenigen Parteien im Vorteil, deren Programm wohlhabende Personen anspricht. Öffentliche Gelder stärken die Chancengleichheit unter den Parteien. Überdies laufen Parteien ohne staatliche Unterstützung Gefahr, zum Sprachrohr ihrer Grossspenderinnen und -spender zu werden oder von diesen gar unter Druck gesetzt zu werden.

An welchen Kriterien sollte die staatliche Parteiförderung festgemacht werden?

Die Kriterien sind von Staat zu Staat verschieden. Wählerstarke Parteien erhalten jedoch überall mehr Geld als Parteien, die den Einzug ins Parlament verpassen. In Deutschland bekommen Parteien, die viele kleine Spenden einwerben, mehr Geld vom Staat als Parteien ohne Spenderinnen und Spender oder Parteien, die

von einzelnen Grossspenden abhängig sind. Ist einem Staat wichtig, dass die Parteien junge Menschen und Frauen einbeziehen, kann er Jugend- oder Frauenorganisationen der Partei fördern oder zur Bedingung machen, dass in parteiinternen Gremien Jugendliche und Frauen präsent sind. Ich finde es nicht schlecht, wenn die Anzahl Parteimitglieder berücksichtigt wird, ist es doch erstrebenswert, wenn sich die Parteien um Mitglieder bemühen und diese auch tatsächlich entscheiden können. Wird an der Anzahl der Wählerstimmen (und nicht an den Prozenten) angeknüpft, motiviert dies die Parteien, für eine hohe Wahlbeteiligung zu sorgen.

Wie steht das liechtensteinische System im Vergleich zu den anderen deutschsprachigen Staaten da?

Liechtenstein honoriert den Einzug einer Partei in den Landtag. Es werden aber auch Parteien unterstützt, die keinen Erfolg hatten, sofern sie drei Prozent der Wählerstimmen erreichten. Das System ist im Vergleich zu Österreich und Deutschland einfach verständlich und seit Jahren dasselbe. Die Parteien können sich folglich darauf einstellen.

Die Greco hat mehr Transparenz in der liechtensteinischen Parteifinanzierung gefordert. Ist Liechtenstein dem mit der Gesetzesrevision ausreichend nachgekommen?

Liechtenstein bewegt sich auf jeden Fall in die richtige Richtung. Allerdings hätte man weitergehen können. Die Namen der Spenderinnen und Spender müssen nach wie vor nicht offengelegt werden, auch sehr hohe Summen von Privatpersonen oder Unternehmen nicht. Spenden



«Kleinen Parteien hilft es, wenn sie auch dann Gelder erhalten, wenn sie keinen Sitz gewonnen haben.»

PATRICIA SCHIESS
LIECHTENSTEIN-INSTITUT

aus dem Ausland sind nicht verboten. Weder müssen die Kandidatinnen und Kandidaten angeben, von wem sie unterstützt werden (falls sie persönlich Zuwendungen erhalten), noch gilt eine Obergrenze für Wahlkampfausgaben. Wie sich Initiativkomitees finanzieren und woher das Geld im Abstimmungskampf stammt, bleibt weiterhin im Dunkeln. Positiv ist, dass die Parteien ihre Erfolgsrechnung im Internet veröffentlichen müssen. Meiner Meinung nach liegt Transparenz nur vor, wenn jede und jeder Einblick nehmen kann, ohne zu einem Amt marschieren oder ein besonderes Interesse nachweisen zu müssen. Liechtenstein hat für die Aufsicht keine neuen Gremien geschaffen, sondern die neuen Aufgaben auf die Stabsstelle Finanzen und die Regierung übertragen. Angesichts der kleinräumigen Verhältnisse und der kleinen Anzahl an Parteien scheint mir dies vertretbar.

In Ihrem Vortrag haben Sie ein Problem angesprochen: Die stärksten Parteien bestimmen die Rahmenbedingungen für die Parteiförderung am stärksten mit und können damit kleinere Parteien kleinhalten. Was könnte man dagegen tun?

Das ist eine schwierige Frage, auf die wohl noch kein Staat eine abschliessende Antwort gefunden hat. Hierzu gibt es auch keine internationalen Vorgaben. Greco setzt auf Transparenz. Diese ermöglicht eine politische Debatte. Mehrere Staaten, darunter Österreich und Belgien, begrenzen die Wahlkampfausgaben. Dies kann die Chancen von kleineren Parteien erhöhen. Das ist aber keine Antwort auf Ihre Frage, wie man verhindert, dass die Wahlgewinner die Regeln so setzen, dass sie auch die nächsten Wahlen gewinnen. Erfordern die von den Gewinnern gewünschten Änderungen eine Gesetzesrevision, ist in Liechtenstein immerhin ein Referendum möglich.

Ist das in Liechtenstein der Fall, dass die arrivierten Parteien den kleinen Parteien das Leben schwer machen?

Kleinen Parteien hilft es, wenn sie auch dann staatliche Gelder erhalten, wenn sie keinen Sitz gewonnen haben. Auf nationaler Ebene partizipieren alle Parteien an den 710 000 Franken, wenn sie in beiden Wahlkreisen angetreten sind und drei Prozent der Stimmen geholt haben. Das scheint mir eine faire Lösung. Kleine Parteien mit nur einem Sitz im Landtag oder Gemeinderat haben ein Interesse an einem hohen Pauschalbetrag. Die grösseren Parteien bevorzugen hingegen die Bemessung gemäss der Anzahl ihrer Sitze. In den letzten Jahren wurde in meh-

ren Gemeinden der Pauschalbetrag gesenkt, als eine dritte Partei in den Gemeinderat einzog. Ein weiteres Beispiel stellt die Neuregelung des Medienförderungsgesetzes im Jahr 2006 dar. Weil seither nur noch Medienunternehmen förderungsbe-rechtigt sind, deren Medium mindestens zehnmal im Jahr erscheint, verlor der Presseverein der Freien Liste die staatliche Unterstützung.

In Österreich zeigt sich, dass es bei der Parteifinanzierung viele Schlupflöcher gibt. Wie sieht es diesbezüglich in Liechtenstein aus?

Parteiengesetze kann man als Antwort sehen auf Skandale. Von daher würde ich Liechtenstein nicht mit Österreich vergleichen. Hierzulande sind die Verhältnisse überschaubarer. Parteimitglieder, Ortsgruppen und Sektionen scheinen ein kritisches Auge auf die Parteiführung werfen zu können. Sicher erhöht Geld die Erfolgchancen. Dass in Liechtenstein die Wählerinnen und Wähler viele der Kandidierenden bereits kennen oder an einer Wahlveranstaltung kennenlernen könnten, spricht aber eher dagegen, dass Geld im Land der allesentscheidende Faktor ist. Schlupflöcher werden vor allem dann gesucht, wenn sich Parteien durch die Regeln eingeschränkt fühlen. Dies ist meiner Meinung nach in Liechtenstein nicht der Fall. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass sich die Parteien bemühen werden, die Jahresrechnungen korrekt zu erstellen. Allerdings hat es mich doch etwas überrascht, wie wichtig es vielen Abgeordneten war, für anonyme Spenden die Schwelle bei 300 Franken anzusetzen und nicht bei 100 Franken, wie es die Regierung vorgesehen hatte.